

Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/  
Lisa Riedner/Helen Schwenken

# Solidarität – Kooperation – Konflikt



VSA:

Migrantische Organisationen und Gewerkschaften  
in den 1970/1980er Jahren

Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner/Helen Schwenken  
Solidarität – Kooperation – Konflikt  
Migrantische Organisationen und  
Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren

*Anne Lisa Carstensen* ist Soziologin und lebt in Hamburg. Von 2016 bis 2020 arbeitete sie am Institut für Migration und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Arbeit, Migration, Gewerkschaften und qualitative Methoden. Ihre Dissertation erschien 2019 unter dem Titel »Das Dispositiv Moderne Sklavenarbeit. Macht und Widerstand in globalen Produktionsnetzwerken« im Campus Verlag.

*Sabine Hess* ist Professorin für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie an der Universität Göttingen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Transnationalisierungs- und Europäisierungsforschung, Migrations- und Grenzregimeforschung, politische Anthropologie sowie kulturanthropologische Geschlechterforschung. Sie hat diverse Forschungs- und Ausstellungsprojekte zu lokalen Einwanderungsgeschichten geleitet, etwa Crossing Munich (2009) oder Movements of Migration (Göttingen, 2013). Sie ist Gründungsmitglied des Netzwerkes kritische Migrations- und Grenzregimeforschung und Mitglied des Vorstands des Rats für Migration. Seit 2018 leitet sie als Direktorin das Zentrum für globale Migrationsstudien (CeMig) der Universität Göttingen.

*Lisa Riedner* ist Kultur- und Sozialwissenschaftlerin und war Gastprofessorin für Migration, Gender und Globalisierung an der Universität Augsburg (10/2020-9/2021). Sie forscht zu Regimen städtischer Ungleichheit, sozialer Reproduktion, Arbeit, Migration und Rassismus aus feministischen und postkolonialen Perspektiven. Ihre Dissertation erschien 2018 unter dem Titel »Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration« im Verlag edition assemblage. Aktuelle Infos unter [lisariedner.net](http://lisariedner.net).

*Helen Schwenken* ist Professorin für Migration und Gesellschaft am Institut für Migration und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migration, Arbeit, Gender und soziale Bewegungen. 2018 erschien »Globale Migration – eine Einführung« im Junius Verlag.

Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/  
Lisa Riedner/Helen Schwenken

**Solidarität – Kooperation – Konflikt**

Migrantische Organisationen und  
Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten: CPIBooks GmbH, Leck  
ISBN 978-3-96488-135-9

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	9
-------------------------	---

## **Teil 1: Hamburger Fallstudien**

### **Gewerkschaftliche und migrantische Organisierungen und Kämpfe in Hamburg**

<b>1. Einführung in die Entwicklungen in Hamburg</b> .....	37
Migration in Hamburg in den 1970er und 1980er Jahren .....	38
Gewerkschaften und Migration .....	45
Wirtschafts- und arbeitspolitische Situation .....	48
Migrationspolitische Themen und Auseinandersetzungen .....	50
Fallauswahl und Quellenlage .....	57
<b>2. Anlaufstellen für und Beteiligung von Migrant*innen</b> .....	59
Die Zentralstelle ausländische Arbeitnehmer des DGB .....	60
Die Hamburger Begegnungsstättenbewegung .....	62
Die Arbeit von Zentralstelle und Begegnungsstätten im Vergleich .....	66
Das Akteur*innen- und Beziehungsgefüge rund um die Begegnungsstätten und die Zentralstelle .....	77
Konflikte und Kooperationen zwischen Begegnungsstätten und Gewerkschaften .....	84
Fazit und Ausblick .....	94
<b>3. Die Besetzung der HDW in Hamburg 1983</b> .....	96
Die HDW und die Krise des Schiffbaus .....	100
Migration und »ausländische« Kolleg*innen im Betrieb .....	102
Die Liste »Aktive Metaller« – Erneuerungsbewegung auf betrieblicher Ebene .....	110
Besetzung der Werft und Proteste gegen »Arbeitsplatzvernichtung« ....	112
Nach dem Ende der Ross-Werft – Betriebsabwicklung und Arbeitslosigkeit .....	119
Fazit und Ausblick .....	124

<b>4. Mobilisierungen gegen »Ausländerfeindlichkeit« – auch ein Thema für Gewerkschaften?</b> .....	126
Debatten um Rassismus und »Ausländerfeindlichkeit« .....	128
Der Mord an Ramazan Avci: Erste Reaktionen und Proteste .....	131
Das »Bündnis Türkischer Einwanderer« .....	136
Gewerkschaft und Antirassismus .....	140
Fazit und Ausblick .....	151

## **Teil 2: Stuttgarter Fallstudien**

### **Gewerkschaftliche Kämpfe und Antirassismus in Stuttgart**

<b>1. »Am Fließband stehen 35 Nationalitäten« – Schlaglichter auf die Einwanderungsstadt Stuttgart in den 1970/80er Jahren</b> .....	157
Materiallage und Forschungsstand .....	158
Migration und Arbeit im Stuttgarter Raum in den 1970/80er Jahren .....	160
Kommunale Migrationspolitik .....	161
Konjunkturen des Rassismus und Antirassismus .....	165
Gewerkschaftliche und antirassistische Mobilisierungen .....	166
Ausblick auf die Fallstudien .....	169
<b>2. Die Plakat-Gruppe – multinationale Organisation für bessere Arbeit am Band</b> .....	171
Forschungsstand und Materiallage .....	173
Die Plakat-Gruppe und am Fließband anhängige Fragen .....	174
Bewegung der neuen Linken »in die Fabrik« .....	178
Konflikte um innergewerkschaftliche Demokratie .....	179
»Wenn Unzufriedenheit laut wird ...« – Konflikte um Arbeitsverhältnisse in den 1970ern .....	182
Vor den Toren der Fabrik .....	186
»Eine neue Fabrik« – betriebliche Konflikte in der »Wende« der 1980er .....	191
Versöhnung zwischen IG Metall und Plakat-Gruppe .....	195
Fazit .....	197

<b>3. Für die 35-Stunden-Woche – gegen Rassismus?</b>	
<b>Die Stuttgarter Metallbranche im Streikjahr 1984</b> .....	199
»Hand in Hand«, »Seite an Seite« – Migrant*innen und antirassistische Initiativen für die 35-Stunden-Woche .....	202
Zur Organisierung »ausländischer Kolleg*innen« in der IG Metall .....	206
»An vorderster Front« – Beteiligung »ausländischer Kolleg*innen« am Streik .....	210
Nur Fußvolk? Migrant*innen in der Streikorganisation .....	212
Spezifische Belange »ausländischer Kolleg*innen« im Streik .....	214
Rassistische Reaktionen während und nach dem Streik .....	218
Fazit .....	225

<b>4. »Nicht der Staat der Deutschen«</b>	
<b>Die Bewegung für das Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass und die Gewerkschaften in den 1980er Jahren</b> .....	228
Migrantische Kämpfe um Gleichberechtigung und gegen Rassismus ...	231
Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen um das Kommunalwahlrecht .....	233
»Solidarische Verbundenheit?« – Gewerkschaftstag der IG Metall 1980 .....	234
»Ein deutliches Signal« – DGB Bundeskongress 1982 .....	239
»Solidarität ist keine Einbahnstraße« – IG-Metall-Gewerkschaftstag 1983 .....	244
»Hier muß sich etwas ändern.« – der 13. Ordentliche Bundeskongress des DGB 1986 .....	247
»Wir wollen endlich Taten sehen!« – Ausländerkonferenzen der IG Metall 1986 und 1989 .....	248
»Wahlrecht ist Menschenrecht« – gewerkschaftliche Kampagne zum Kommunalwahlrecht .....	250
Zwischenresümee .....	253
EinwanderInnen ins Rathaus – »Bürgerrechtsbewegung statt Multi-Kulti-Bewegung«? .....	254
Vom Küchentisch über den Stadtteil in den Gemeinderat .....	258
Ein »vielfältiges Beziehungsgefüge« – das WERK und die EinwanderInnen .....	262



Verschiebung gewerkschaftlicher Organisationsansätze in herausfordernden Zeiten? .....	264
Wer ist das Volk? Bewegungspolitische Konjunkturen und die Niederlage vor dem Verfassungsgericht .....	268

<b>Fazit: Gewerkschaftsgeschichte als Teil bundesdeutscher Migrationsgeschichte .....</b>	<b>271</b>
---	------------

## **Quellen**

Literatur .....	283
Archivrecherchen .....	307
Interviews .....	308
Veranstaltungen und Workshops .....	310
<b>Glossar .....</b>	<b>311</b>
<b>Danksagung .....</b>	<b>315</b>

## Einleitung

Kann Gewerkschaftsgeschichte als Migrationsgeschichte erzählt werden? Sind Gewerkschaften gar als zentraler Organisierungsort von Migrant\*innen zu verstehen? Wenn man auf die personelle Zusammensetzung des Vorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und die meisten Bezirks- und Regionalebene des DGB und seiner Einzelgewerkschaften von den 1960er Jahren bis heute schaut, dann ist die Frage zu verneinen.

Und doch: Forschungen zur Geschichte der Einwanderung nach Deutschland zeigen, dass Gewerkschaften in der jungen Bundesrepublik eine gewichtige Rolle in Sachen Partizipation und Unterstützung von Migrant\*innen und damit bei der Öffnung und Demokratisierung der Gesellschaft zukam. So folgte die nationale Politik bis Anfang der 2000er Jahre zwar einer Linie des staatsbürgerlichen Ausschlusses der migrantisches Wohnbevölkerung;<sup>1</sup> dennoch fanden in einigen gesellschaftlichen Teilbereichen politische Partizipationsprozesse statt – und die Gewerkschaften waren hierbei eine der zentralen Institutionen.

Für erwerbstätige Migrant\*innen stellten gerade die Gewerkschaften als zunächst einmal (formal) allen Arbeitenden gegenüber offene Massenorganisationen einen wichtigen politischen und sozialen Kontext und Organisationsraum dar (vgl. Dohse 1985; Treichler 1998; Bojadžijev 2008; Kamalak/Altun 2012; Clarkson 2013; Trede 2012 und 2015; Goeke 2014 und 2020; Alexopoulou 2016: 470; Carstensen 2021).

Viele derjenigen Personen, die über das Gastarbeitersystem<sup>2</sup> nach Deutschland gekommen waren, waren bis weit in die 1980er Jahre hin-

---

<sup>1</sup> Es kam erst unter der rot-grünen Bundesregierung zur Anerkennung der Einwanderungsrealität in Deutschland. Diese führte zur Einsetzung der sogenannten Süßmuth-Kommission im Jahr 2000, die ein neues Einwanderungsrecht entwickeln sollte. Dies trat 2005 als »Zuwanderungs-Begrenzungsgesetz« inkraft – wie auch erste Reformansätze des Staatsbürgerschaftsrechts –, allerdings nach der CDU/CSU geführten »Doppelpasskampagne« 1999 um die Doppelte Staatsbürgerschaft reduziert.

<sup>2</sup> Bilaterale Abkommen wurden 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1969 mit Jugoslawien geschlossen. Es gab jedoch weitere Wege nach Deutschland: per Direktanwerbung mit Sichtvermerk im Visum, per Touristenvisum und Beantragung einer Arbeitsgenehmigung vor Ort, durch betriebs- und branchenbezogene Regelungen (z.B. die Anwerbung koreanischer Krankenpfle-

ein auch vor autoritären Regimen und Militärregierungen in die »Gastarbeit« geflüchtet. Einige von ihnen brachten nicht nur eine hohe Affinität zu gewerkschaftlichen Anliegen und Organisationsformen sowie eigene Protesterfahrungen mit (vgl. Finzi 2015; Bojadžijev 2008; Hunn 2005). Vielfach unterstützt von Teilen der gewerkschaftlichen Basis ließen sich hier auch Forderungen zu Arbeits- und Migrationspolitik, ausländerrechtlicher Benachteiligung und sozialen Belangen artikulieren.

Dies drückte sich nicht zuletzt in einem hohen Anteil an Migrant\*innen unter den Gewerkschaftsmitgliedern aus. Nach Angaben des DGB waren Anfang der 1970er Jahre etwa ein Viertel bis ein Fünftel der erfassten Migrant\*innen Mitglied einer der DGB-Gewerkschaften (vgl. Kühne 2000: 55; Goebels 1982). Zum Vergleich: Unter den deutschen Arbeiter\*innen lag der Organisationsgrad bei 30% (vgl. Trede 2015: 194). Der Höhepunkt war 1977 mit 32,18% erreicht, 1980 waren es noch 30,6%; besonders hoch war der Anteil unter den türkischen Arbeitenden, von denen knapp die Hälfte Gewerkschaftsmitglieder waren (vgl. Goebels 1982: 441). In Großstädten, in denen die Gewerkschaften Migrant\*innen mit Beratungsstellen und Vertretungsstrukturen verstärkt ansprachen, waren die Zahlen noch höher. Bei der IG Metall Stuttgart hatten Ende der 1970er von 95.000 Mitgliedern bis zu 37.000 keinen deutschen Pass (vgl. Di Croce 2006: 141).

Allerdings ist bei diesen Zahlen Vorsicht geboten: Bis 1972 erfasste der DGB nicht die Nationalität seiner Neumitglieder, d.h. die bis dahin registrierten ausländischen Mitglieder waren statistisch Deutsche (vgl. Goebels 1982: 441). Statistiken zu Gewerkschaftsmitgliedern und ihrem Organisationsgrad erheben in der Regel nur die Staatsbürgerschaft. Mitglieder mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte, die die deutsche Staatsbürgerschaft (angenommen) haben, sind in den Statistiken nicht als solche erkennbar. Das ist bis heute so. Die IG Metall hat als erste Gewerkschaft im Sommer 2016 auch den Migrationshintergrund einer repräsentativen Stichprobe ihrer Mitglieder erhoben (zur Studie vgl. El-Kayed et al. 2017). Demnach hat heute rund ein Viertel der IG Metall-Mitglieder eine eigene oder über ihre Eltern vermittelte Migrationserfahrung; die eine Hälfte ist im Ausland geboren, die andere in Deutschland (vgl. ebd.: 5).

---

gekräfte) sowie durch irreguläre Arbeitsaufnahme, die oftmals nachträglich legalisiert wurde (vgl. Berlinghoff 2013: 142).

Trotz dieser recht hohen gewerkschaftlichen Mitgliedszahlen von Migrant\*innen wird die Geschichte des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nach wie vor weitgehend als eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Organisierung erzählt. So finden sich unter den rund 90 Oral-History-Interviews mit »Zeitzeugen der Gewerkschaft«, die seit 2012 von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung realisiert werden ([www.zeitzeugen.fes.de](http://www.zeitzeugen.fes.de)), nur zwei Interviews, die sich explizit mit den Arbeitsverhältnissen der Eingewanderten und der »Ausländerarbeit« des DGB auseinandersetzen: mit Yilmaz Karahasan und dem algerischen Exilanten Ghaouti Mimoune, beide IG Metall. Die Bände 12 bis 17 (1956–1982) der umfangreichen Quellenedition mit Dokumenten des DGB (herausgegeben vom Dietz-Verlag) enthalten zwar einige Einträge zum Thema »Ausländer« und »Ausländerarbeit«. Sie zeigen, dass für den DGB-Bundesvorstand bereits in den 1960er Jahren die Frage der Organisation und der (umstrittenen) Finanzierung der »Betreuung« und die herkunftssprachlichen Informationen sowie in den 1970er Jahren vor allem die Positionierung gegenüber dem Anwerbestopp 1973 im Zentrum standen. Die geringe Repräsentation von migrantischen Mitgliedern in den gewerkschaftlichen Gremien wurde in den Beratungen des Bundesvorstands jedoch nicht thematisiert.

Die Positionierung der Gewerkschaftszentralen zu dem Themenbereich sind dann auch der zentrale Gegenstand des Gros der bisherigen Forschungen zu Gewerkschaften und Migration (vgl. Goeke 2014; Trede 2012; Treichler 1998); ein zweites Forschungsfeld stellen migrantische wilde Streiks dar, welche vor allem die Distanz zwischen der institutionalisierten deutschen Arbeiterbewegung und migrantischen Arbeiter\*innen ausgeleuchtet hat (vgl. Birke 2007; Bojadžijev 2008; Miller 2018; Braeg 2012; Huwer 2013; Goeke 2014; Hess/Näser 2014). Einige (auch international vergleichende) Studien haben den hohen Organisationsgrad unter migrantischen Arbeiter\*innen zwar zum Anlass genommen, der Geschichte ihrer Repräsentation in den Gewerkschaftsstrukturen nachzugehen. Sie haben diese dann jedoch in erster Linie als eine Geschichte der Integration in vorhandene Strukturen rekonstruiert (vgl. Trede 2015; Marino et al. 2015; Penninx/Roosblad 2000).

Unser Forschungsprojekt zu drei deutschen Metropolen – Stuttgart, Hamburg und Rhein-Main – schließt an diese Arbeiten an, hat aber sei-

ne Fragestellung auf bestehende Lücken hin ausgerichtet: Erstens fragen wir nach dem Verhältnis zwischen organisierten migrantischen Positionen und den Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren. Dabei wollen wir die Bandbreite an Interaktionsverhältnissen in den Blick nehmen. Zweitens fokussieren wir die lokale Ebene, weil dort das Verhältnis von migrantischen und gewerkschaftlichen Mobilisierungen und Beziehungen konkret wird – und noch weniger untersucht wurde als auf der nationalen Ebene.

Während wir unsere Forschung mit der Vorstellung begannen, das Verhältnis von Migrant\*innenorganisationen und Gewerkschaften im Sinne von Konflikt, Distanz oder Kooperation erzählen zu können, um nach den Effekten dieser Beziehungen auf die Gewerkschaftsstrukturen selbst zu fragen, mussten wir bald feststellen, dass dies zu statisch, zu dichotom und zu essenzialistisch gedacht war. Wir fanden zwar Konflikte, Kooperationen, tiefe Enttäuschungen und Distanzierungen auf beiden Seiten vor, doch wurden wir auch immer wieder von einer starken Verflechtung der Felder überrascht. Dies ist sicherlich auch als Ergebnis eines vorausgegangenen Ringens vieler migrantischer Arbeiter\*innen um Teilhabe und Partizipation zu verstehen. Aber es ist auch eine Folge der Arbeit promigrantisch orientierter gewerkschaftlicher Strömungen, welche darauf drangen, migrantische und internationalistische Anliegen mitzuaadressieren und konkret zu unterstützen.

### **Das Anliegen:**

#### **Gewerkschaftsgeschichte als Migrationsgeschichte erzählen**

Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Gewerkschaftsgeschichte in Deutschland auch als Migrationsgeschichte erzählen lässt und die Gewerkschaften manchmal bewusst, manchmal widerwillig zu zentralen Organisationsräumen für die verschiedenen Generationen von erwerbstätigen Migrant\*innen wurden. Migrantische Anliegen fanden Eingang in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltag und in Gewerkschaftsprogrammatiken, Migrant\*innen agierten innerhalb von Gewerkschaften zunehmend sichtbar, eigneten sich Strukturen an und veränderten diese dadurch. In diesem Sinne ließe sich sagen, dass Gewerkschaften teilweise zu »Migrant\*innenorganisationen« wurden.

Das gilt in besonderem Maße für die IG Metall, die bis heute einen hohen Anteil an Mitgliedern mit (familiärer) Migrationsgeschichte hat (vgl.

El-Kayed et al. 2017; Benner/Ghirmazion 2017) und migrantische Anliegen in ihren Strukturen auch institutionell abbildet. Bereits 1961 wurde das Referat Ausländische Arbeitnehmer sowie ein sogenannter Ausländerausschuss eingerichtet. Auf dem Gewerkschaftstag 1983 wurden Migrant\*innen als Personengruppe anerkannt (vgl. Matziari 2014; Öztürk 2002; Wlecklik 2013). So resümierte der langjährige Stuttgarter IG Metall-Gewerkschaftssekretär Bernardino Di Croce: »Die hohe Zahl der Mitglieder aus dem Bereich der Migranten ermöglichte, trotz mancher Widerstände, den Aufbau einer bedeutenden Arbeitsstruktur und Mitsprache in den gewerkschaftlichen Gremien« (Di Croce 2006, vgl. auch Matziari 2014). So lässt sich die Geschichte der innergewerkschaftlichen »Demokratisierung«, wie es manche unserer Protagonist\*innen bezeichneten, im Sinne eines Hierarchieabbaus und eines Ausbaus demokratischer Mitbestimmung auch als ein Ergebnis der Kämpfe von Migrant\*innen um Partizipation und Mitsprache lesen.<sup>3</sup>

Mit unserem Forschungsprojekt beabsichtigen wir die Gewerkschaftsgeschichte zu erweitern und sie aufbauend auf unseren lokalen empirisch-archivalischen Forschungen in Stuttgart und Hamburg aus der Perspektive der Migration zu rekonstruieren. Wir sprachen mit Protagonist\*innen betrieblicher, politischer, gewerkschaftlicher und antirassistischer Auseinandersetzungen in den 1970er und 1980er Jahren. Die sechs Fallstudien – eine Werftbesetzung in Hamburg, die Arbeit der alternativen Betriebsratsgruppe Plakat in der Stuttgarter Autoindustrie, der Streik für die 35-Stunden-Woche, die Hamburger Proteste gegen »Ausländerfeindlichkeit«, das Verhältnis der Hamburger Begegnungsstättenbewegung zum DGB sowie die Bewegung für das Kommunalwahlrecht in Stuttgart – verkomplizieren historisch etablierte, auch gewerkschaftlich gewohnte Erinnerungsnarrative.

Die Region Rhein-Main war auch Teil des Projektes, konnte aber aus Ressourcengründen nicht in der gleichen Ausführlichkeit bearbeitet werden. Eine Zusammenfassung des durch Bernd Schneider zusammengetragenen Materials ist als Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht (vgl. Reichhold 2021) und ausgewählte Interviews sind über das Archiv von DOMiD e.V. recherchier- und einsehbar.

---

<sup>3</sup> Dabei sind migrantische Kämpfe auch im Rahmen breiterer Aushandlungen um den Charakter und den Aufgabenbereich von Gewerkschaften selbst zu sehen, wie sie beispielsweise auch von frauenpolitisch und feministisch Aktiven aufgeworfen wurden.

Wir zeigen aber auch, an welchen Themen die gewerkschaftliche Teilhabe von Migrant\*innen ihre Grenzen fand und wie die offizielle Gewerkschaftspolitik immer wieder die restriktive Haltung der Bundesregierungen mitrug und Solidarität entzog. So waren die Gewerkschaften, vor allem auf Bundesebene, in Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren widersprüchlich und ambivalent gegenüber den Belangen migrantischer Arbeiter\*innen und Fragen der Einwanderung eingestellt. Petra Wlecklik, Leiterin des Ressorts Migration und Integration beim IG-Metall-Vorstand, bezeichnet diese bis heute ambivalente Haltung als einen »schwierige[n] Spagat [...], einerseits die Gewerkschaft zu öffnen und ausländische Arbeitnehmer\_innen als Mitglieder zu gewinnen und andererseits den nationalen Arbeitsmarkt gegen Lohndumping zu schützen« (Wlecklik 2013: 61).

Auch im Untersuchungszeitraum überlagerten sich der gewerkschaftliche Anspruch, alle Arbeitnehmer\*innen zu vertreten, und die Furcht vor Arbeitsmarktkonkurrenz.<sup>4</sup> So befürworteten die Gewerkschaftszentralen und der DGB immer wieder den »Anwerbestopp 1973« (vgl. Berlinghoff 2013: 254; Goeke 2020: 230; Trede 2015: 182) und das sogenannte Inländerprimat, wie auf dem DGB-Bundeskongress 1982, und waren uneins in Fragen der Unterstützung des kommunalen Wahlrechtes (Kühne 2000: 227).

Die gewerkschaftliche Haltung war zudem von einem tiefen politischen Misstrauen gegenüber eigenständigen Organisationen von Migrant\*innen geprägt. Hier verband sich die Furcht vor dem Verlust des (Allein-)Vertretungsanspruchs der Interessen der lohnabhängig Beschäftigten mit einer antikommunistischen Einstellung. Nicht wenige Arbeitsmigrant\*innen aus den südeuropäischen Ländern kamen aus linken (syndikalistischen, kommunistischen und militanten) Organisationen. So bedingte der gewerkschaftliche Antikommunismus auch ein strukturelles Misstrauen gegenüber dem Engagement von Migrant\*innen.

---

<sup>4</sup> Ob und inwiefern Einwander\*innen tatsächlich (pauschal) in Konkurrenz zu bereits anwesenden Arbeitnehmer\*innen treten, wird in der Migrations- und Arbeitsmarktforschung kontrovers diskutiert. Konzepte wie die einer »Reservearmee« oder der »Segmentierung« sind im Kontext einer fordistischen Produktionsweise entstanden. Sie ziehen meist den nationalen Arbeitsmarkt als Referenzrahmen heran (zur Kritik vgl. Mense-Petermann/Welskopp/Zaharieva 2022, im Erscheinen). Ein Einwand ist etwa, dass Migration und Migrationspolitiken nicht rein ökonomisch motiviert sind (vgl. Mezzadra 2011; Neuhauser 2019; Riedner 2018; Schwenken 2019).

Dabei standen und stehen sich zwei politisch-theoretische Haltungen und Ansätze mal mehr, mal weniger unvermittelt gegenüber: zum einen die Position eines betrieblichen (vgl. Schmidt 2006: 469) bzw. gewerkschaftlichen Universalismus, der von einer geteilten Betriebsidentität und einer gemeinsamen Identität als (organisierte) Arbeiterklasse ausgeht; zum anderen Ansätze, die Positionierungen und Differenzlinien entlang weiterer Strukturkategorien wie gender und race betrachten. Ob und inwiefern politische Organisationen entlang von Einheit oder Differenz wirklich im Widerspruch zueinanderstehen müssen und wie Solidarität auf Grundlage von Differenz entstehen kann, ist auch heute noch Gegenstand hitziger Debatten (vgl. z.B. Friedrich/Redaktion analyse & kritik 2018).

Dabei scheint für das gewerkschaftliche Engagement vieler Migrant\*innen im Untersuchungszeitraum vor allem ausschlaggebend gewesen zu sein, dass die Gewerkschaften in den 1970ern und 1980ern die einzigen institutionalisierten Massenorganisationen darstellten, in denen sie wenigstens formal die Chance hatten, als Gleiche (als Arbeiter\*in) akzeptiert zu werden. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 1972 (vgl. Trede 2015: 196; Kühne 2000: 41), die Migrant\*innen das aktive und passive Wahlrecht bei Betriebsratswahlen zuerkannte, hat die Bedeutung der gewerkschaftlich-betrieblichen Organisation sicherlich gesteigert. Dies wurde von Migrant\*innen auch genutzt, wie es unsere Fallbeispiele in Stuttgart und Hamburg demonstrieren.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Im Jahr 2001 wurde das Betriebsverfassungsgesetz in migrationspolitischer Hinsicht novelliert und sieht Arbeitgeber\*in und Betriebsrat in der Pflicht, die »Integration der im Betrieb beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer« (BetrVG § 43, § 45) zu fördern. Es beinhaltet auch ein Diskriminierungsverbot von »Personen aus Gründen ihrer Rasse oder wegen ihrer ethnischen Herkunft« (BetrVG § 75). Der Betriebsrat kann auch seine Zustimmung zu Einstellungen und anderen personellen Maßnahmen verweigern, wenn er besorgt ist, dass die betreffende Person »durch rassistische oder fremdenfeindliche Betätigung« den Betriebsfrieden stören könnte (§ 99). Entsprechend kann der Betriebsrat nach erfolgten Vorfällen die Entlassung oder Versetzung der Person beantragen.



## Über Migration reden und schreiben

Hinter der Verwendung von migrationsbezogenen Begrifflichkeiten stehen lange und teils kontroverse Debatten. Daher möchten wir unsere Verwendung einiger Begrifflichkeiten erläutern, Überlegungen zur Unmöglichkeit, Migration begrifflich-konzeptionell adäquat zu fassen, teilen und folglich für eine dies reflektierende Herangehensweise plädieren.

Wir verwenden in der Regel den Begriff »Migrant\*innen«. Dieser hat den Vorteil, dass er die Breite der Migrationsmotivationen umfasst und sich nicht auf einen Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft bezieht. Denn auch wenn Personen als »ausländische Studierende«, als »Arbeitsmigrant\*innen« o. ä. kommen und entsprechende Aufenthaltstitel besitzen, so ist doch oft die Migrationsmotivation gemischt oder es ergaben sich unterwegs neue Gründe. Teils wurden Einreisemöglichkeiten und Aufenthaltswege so genutzt, wie es möglich war. So kamen in den 1960er und 1970er Jahren auch viele Flüchtende aus den autoritären Militärregimen Südeuropas als Gastarbeitende in Deutschland an, während Asyl nach dem offiziellen Anwerbestopp zu einem der wenigen möglichen offiziellen Einwanderungswege wurde.

Jede reflexive Migrationsforschung (vgl. Hess 2010; Mecheril et al. 2013; Drotbohm/Nieswand 2014) ist mit dem grundlegenden Dilemma konfrontiert, mit Begriffen wie »Flucht«, »Migration« oder »Ausländer\*in« analytisch zu arbeiten, die mehr oder weniger direkt aus dem politischen Feld kommen und Versuche darstellen, grenzüberschreitende Bewegungen von Menschen über Kategorisierung und Rechtssetzung zu regieren. Zudem sind die meisten dieser Begriffe in der öffentlichen Debatte stark aufgeladen. Insofern folgen wir den dekonstruktivistischen, begriffskritischen, reflexiven Ansätzen, die Migration als ein sozial, politisch und kategorial hergestelltes Verhältnis verstehen. Wir begreifen Migrationsformen oder Subjektivitäten wie »Flüchtling« oder »Arbeitsmigrant\*in« nicht als gegebene Einheiten, sondern als historisch geronnene Bezeichnungspraktiken und Regierungstechnologien (vgl. Karakayali/Tsianos 2005; Hess 2015a). Nichtsdestotrotz interessieren wir uns für die Erfahrungen der Migrierenden als »Arbeiter\*innen« oder als »Ausländer\*innen«.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> In den 2000er Jahren wurde der Begriff »Ausländer\*in« in Forschung und Öffentlichkeit durch den des »Migrationshintergrunds« ersetzt und in die Statistiken des Statistischen Bundesamtes aufgenommen. Wo der ausländerrechtliche Status gemeint ist, wird er selbstverständlich von uns weiterhin verwendet. Der Begriff Migrations-

Wir nutzen in diesem Buch zeitgenössische Begriffe wie »ausländische Kolleg\*innen«, »Gastarbeiter\*innen« oder »ausländische Arbeitnehmer\*innen«, wenn wir dokumentieren oder analysieren, wie im Untersuchungszeitraum über Migrant\*innen gesprochen wurde. Wir verwenden eine geschlechterinklusive Schreibweise mit dem »Gendersternchen« \*, wenn davon ausgegangen werden kann, dass alle Geschlechter gemeint sind, auch wenn in den Quellen oder Interviews der im Untersuchungszeitraum zumeist verwendeten nicht gender-sensiblen Schreib- und Sprechweise nur die männliche Form verwendet wurde. Quellen und Zitate bleiben selbstverständlich unverändert.

Da es uns in der Studie um migrantische und gewerkschaftliche Mobilisierungen geht, ist des Weiteren relevant, was wir unter Migrant\*innenorganisationen verstehen (vgl. auch Pries/Sezgin 2010). Dies sind Organisationen, die sich primär rund um migrationsbezogene Themen oder Identitäten strukturieren und ihre Mitglieder als solche ansprechen. Die Grenzen zwischen solchen und anderen Organisationen waren und sind fließend und umstritten. Die Organisationen erfüllten im Untersuchungszeitraum verschiedene Zwecke. Grob unterscheiden lassen sich Nationalitätenvereine, deren Mitglieder den Bezug auf eine gemeinsame Nation teilen (ein Bezug, der für viele typische Herkunftsregionen wie die Türkei gerade im Untersuchungszeitraum stark umstritten war), Exilvereine, die in erster Linie auf Politik in den Herkunftsregionen ausgerichtet waren, sowie Kultur- und Folklorevereine, die oftmals eine Mischung aus beidem waren, und multinational zusammengesetzte sowie grenzüberschreitende Organisationen, die für spezifische Rechte, feministische bzw. frauenspezifische Belange oder andere Forderungen auf verschiedenen Ebenen eintraten. Nicht alle Migrant\*innenorganisationen werden primär von Migrant\*innen gegründet und geführt. Die, bei denen die Selbstorganisation im Mittelpunkt steht, bezeichnen wir als Migrant\*innenselbstorganisationen.

---

hintergrund ist ebenfalls umstritten: Einerseits werden spezifische Bedarfe und Diskriminierungen sichtbarer, andererseits hat in der deutschen Migrationsgesellschaft mittlerweile rund ein Viertel der Bevölkerung einen »Migrationshintergrund« und die Hervorhebung kann selbst markierend und diskriminierend wirken (vgl. Manitz/Schneider 2014). Dies ist insbesondere der Fall, da auch statistisch die Zuordnung erst in der 3. Generation verschwindet.

## **Ein Blick in die Forschung I: Die Aufarbeitung gewerkschaftlicher Migrationsgeschichte**

Auch wenn einige Indizien dafür sprechen, dass die Geschichte der Einwanderung die deutschen Gewerkschaften herausgefordert und geprägt hat, ist sie nach wie vor ein Randthema in Werken zur Geschichte der Gewerkschaften wie der Bundesrepublik im Allgemeinen. So konstatiert Maria Alexopoulou noch im Jahr 2016: »Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft mit unvollständigem Gedächtnis« (Alexopoulou 2016: 463). Eine wissenschaftliche und museal-archivalische Aufarbeitung der Einwanderungsgeschichten nach Deutschland bzw. der deutschen Einwanderungsgesellschaft findet – abgesehen von einigen verdienstvollen frühen Ausnahmen (Bade 1984; Herbert 1986, 2001; Bade/Oltmer 2004; Schönwälder 2001) – vermehrt erst seit einigen Jahren statt.

Allerdings ist das Gros der bisherigen Forschung aus einer »Mehrheitsperspektive« geschrieben (Alexopoulou 2016: 463). Auch die Studien zum Verhältnis zwischen Arbeitsmigration und Gewerkschaften in Deutschland nehmen fast durchgängig die Perspektive der Gewerkschaften ein (vgl. Treichler 1998; Dohse 1985; Kamalak/Altun 2012; Tredde 2012; vgl. auch Kritik von Goeke 2014). Zudem argumentieren viele Autor\*innen struktur- und ereignisgeschichtlich, sodass die Perspektiven von Migrant\*innen als Akteur\*innen dieser Geschichte bislang nur wenig berücksichtigt wurden (vgl. Bojadžijev 2008; Hess 2010, 2015b; Ataç 2014; Goeke 2014, 2020; Clarkson 2013). Hierzu trägt auch der Fokus vieler Studien auf die Gewerkschaftszentralen und ihre methodische Ausrichtung auf schriftliche Quellen bei. Hier kann durchaus ein methodologischer Verstärkungseffekt vorliegen, angesichts der spezifischen Beschaffenheit und Herkunft der meisten archivalischen Quellen, die vor allem die Perspektive von institutionalisierten Akteur\*innen und leitenden Stellen wiedergeben.

Auch wenn in den letzten 15 Jahren<sup>7</sup> eine Reihe von Studien entstanden sind, die die Migrationsgeschichte in Deutschland nach 1945 mit Blick auf die Migrierenden und ihre Interaktionen mit der Mehrheitsgesellschaft

---

<sup>7</sup> Diese kleine Explosion von Studien ist sicherlich sowohl als Erfolg migrantischer Forderungen – wie von DOMiD oder des Netzwerks *kanak attack* – nach einer inklusiven Geschichtsdarstellung zu betrachten als auch ein Effekt des ersten nationalen Integrationsplans 2004 und der darin formulierten Forderung an staatliche (Kultur-) Institutionen, sich inklusiver aufzustellen (vgl. Bayer 2013).

behandeln (vgl. Hunn 2005; Mattes 2005; Bojadžijev 2008; Bayer/Engl/Hess 2009; Hess/Näser 2014), fordert Simon Goeke noch 2014 eine stärkere Einbeziehung migrantischer Stimmen im Sinne von Oral-History-Forschungen (Goeke 2014: 166). Auch Maria Alexopoulou (2016: 464) kritisiert, dass eingewanderte Menschen und ihre Nachkommen fortdauernd in der historischen Forschung zu den »Anderen«, den »Migrationsanderen« (Mecheril 2003) gemacht und so nicht als Dazugehörige anerkannt würden, was auf tradierten kolonialen Befremdungsmustern und rassistischem Wissen gründe (vgl. El-Tayeb 2016). In dem Sinne fordert Alexopoulou ihre historische Zunft dazu auf, Migrant\*innen nicht weiter als »Fremde« »in einem historischen Othering Prozess gefangen« zu halten (Alexopoulou 2016: 464) bzw. sie nicht länger auf »naive Opfer und Objekte von Rassismus oder Migrationspolitiken« zu reduzieren, wie es Manuela Bojadžijev formuliert (2008: 13).

Es gehe aber auch nicht darum, sie einfach dem Mehrheitsnarrativ »anzuheften«. Vielmehr müsse die Geschichte der Einwanderung mit der der Mehrheitsgeschichte zusammengedacht werden und sich auf die Bewertung der Geschichte allgemein niederschlagen (vgl. Alexopoulou 2016: 464). So intendiert es der Konzeptbegriff der postmigrantischen Gesellschaft (vgl. Foroutan et al. 2018; Foroutan 2019). Damit ist der Versuch verbunden, eine problematisierende Betrachtungsweise zu überwinden und stattdessen eher davon auszugehen, dass es infolge von Einwanderung »zu einer empirisch messbaren veränderten, pluralisierten Zusammensetzung der Gesellschaften in Europa« gekommen ist und diese Faktizität das Leben aller prägt (Foroutan et al. 2018: 11).

Hierbei sei jedoch eine rassismustheoretische Analytik unerlässlich, die zu beschreiben hilft, wie Gruppen dennoch – oder gerade trotz der kulturell-politischen Inszenierung einer »post-racial« Zeit (vgl. Lentin/Karakayali 2016) – als Andere und Rassifizierte immer wieder neu her-vorgebracht werden (vgl. Bojadžijev 2008).

Diese Perspektive hat unser Forschungsprojekt geleitet, die Geschichte als umkämpfte und umstrittene Beziehungsgeschichte zu schreiben. Hierbei haben wir aufbauend auf neueren migrationswissenschaftlichen Ansätzen, die die Handlungsmächtigkeit (agency) von Migrant\*innen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen und die Migration als Gesellschaft mitkonstituierende Kraft verstehen – kurz gesagt: aus der Perspektive der Migration (vgl. Hess 2015; Hess/Tsianos 2010) –, auf das

Verhältnis von mehr oder weniger organisierten migrantischen Interessen und Gewerkschaften geschaut.

Auch wenn es einige Arbeiten zur migrantischen Organisations- bzw. Organisierungsgeschichte und Protestkultur gibt, etwa zu wilden Streiks, zu Wohnraumkämpfen, zu Bildungsteilhabe und Mehrsprachigkeit und frauenspezifischen Organisationen (vgl. Özcan 1992; Hunn 2005; Bojadžijev 2008; Hess/Näser 2014; Finzi 2013; Schwenken 2000, 2006), bleibt die Geschichte des migrantischen politischen Aktivismus in Deutschland untererforscht (vgl. Clarkson 2013; Seibert 2008). Die wenigen Arbeiten dazu weisen auf einen hohen politischen Mobilisierungsgrad der Arbeitsmigrant\*innen und eine politische und inhaltliche Vielfalt der Organisationen hin. Darunter sind auch herkunftslandorientierte (exilpolitische) Organisationen, die zunehmend Problematiken des Einwanderungskontexts aufgriffen (vgl. Katsoulis 1978; Toksöz 1991; D'Amato 2001; Sezgin 2010).

### **Ein Blick in die Forschung II: Konflikt, Migration und Gewerkschaften im Kontext von Industriellen Beziehungen und Gewerkschaftsforschung**

Relevant für unsere Studie sind auch Arbeiten aus der Gewerkschaftsforschung und den Industriellen Beziehungen, um die Bezüge und Voraussetzungen besser zu verstehen, vor deren Hintergrund Gewerkschaften ihre politischen Positionierungen zu Arbeitsmigration und zur Organisation von migrantischen Arbeiter\*innen entwickelten.

Gewerkschaften als Interessensverbände vereinen drei Funktionen zugleich: Sie sind Arbeitsmarktkartelle, auf normativer Basis handelnde politische Einflussgruppen und gemeinschafts- und identitätsstiftende Solidarverbände. Damit unterscheiden sie sich von Migrant\*innenorganisationen (vgl. Pries 2010: 36). Deren Funktionsweise entspricht eher anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über eine geringere formalisierte gesellschaftliche Verhandlungsmacht verfügen. Mit dem Ziel der idealtypischen Unterscheidung unterschiedlicher Modelle industrieller Beziehungen identifiziert der britische Gewerkschaftsforscher Richard Hyman drei Richtungen gewerkschaftlichen Handelns: Markt, Klasse und Gesellschaft (Hyman 2001). Wenn auch alle drei Orientierungen allen gewerkschaftlichen Aktivitäten inhärent sind, so handeln Gewerkschaften doch innerhalb historisch gewachsener Systeme indus-

trieller Beziehungen und beziehen sich primär auf eine Richtung oder oszillieren zwischen zwei.

Westdeutsche Gewerkschaften in der Nachkriegszeit werden als »zwischen Markt und Gesellschaft« (ebd.: 115ff.) befindlich beschrieben. Deutsche Gewerkschaften sind als »intermediäre Organisationen« (Müller-Jentsch 2008 [1982]) im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft in einem tripartistischen System der Sozialpartnerschaft integriert. Im für Deutschland typischen »dualen System der Interessenvertretung« (ebd.) sind die Interessen der Arbeitenden zum einen auf betrieblicher Ebene durch den Betriebsrat (vgl. Wagner 2017: 159) und zum anderen durch die Gewerkschaften und in denen von ihnen mit den Arbeitgeberorganisationen verhandelten Tarifverträgen vermittelt.

Aufgrund dieses dualen Systems ist für unsere Fallstudien das Verhältnis zwischen der betrieblichen und der gewerkschaftlichen Ebene sowie deren Verhältnis zum lokalen Kontext relevant. Mithilfe dieser Perspektive zeigen sich die uns interessierenden Kooperations- und Konfliktverläufe und Aushandlungen besonders deutlich.

Ein weiteres Charakteristikum industrieller Beziehungen in Westdeutschland ist das der Einheitsgewerkschaft (vgl. Hyman 2001; Schroeder/Wessels 2003; Wagner 2017). Die dahinterliegende Idee ist, dass Gewerkschaften sich unabhängig von politischen Organisationen und Ideologien organisieren sollten und somit, um Konkurrenz zu vermeiden, nur eine Gewerkschaft pro Sektor agieren sollte. Die einzelnen Branchengewerkschaften sollten wiederum durch eine starke Dachorganisation, den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), verbunden werden.<sup>8</sup>

In den 1970er Jahren gab es um die Ausrichtung der Gewerkschaften und um die Bedeutung von Einheitsgewerkschaft und die SPD-nahe korporatistische Ausrichtung scharfe Auseinandersetzungen (vgl. u.a. Birke 2007; Goeke 2020). Vor allem linke, kommunistische Organisationen und Basisaktivist\*innen forderten mehr innergewerkschaftliche Demokratie und einen konfrontativeren Politikstil gegenüber Staat und Arbeitgeberorganisationen bzw. wichen in konkreten Auseinandersetzungen von der Strategie der Gesamtorganisation ab. Die DGB-Gewerkschaften reagierten ab 1973 – dem Jahr mit den bereits erwähnten zahlreichen wilden

---

<sup>8</sup> Gewerkschaften gelten als parteiunabhängig, traditionell pflegt(e) der DGB aber enge politische und personelle Beziehungen mit der SPD (vgl. Langkau et al. 1994). Auch der Arbeitnehmerflügel der CDU ist im DGB gewerkschaftlich repräsentiert.

Streiks – mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Im Rahmen dieser wurden die Ziele und Strategien der Gewerkschaftsbewegung als unvereinbar mit der Agenda kommunistischer bzw. radikal linker Organisationen gesehen und Bündnisse mit ihnen abgelehnt. Diese Haltung führte zum Ausschluss vieler aktiver Gewerkschafter\*innen, die in den Organisationen Mitglied waren, mit ihnen Bündnisse eingingen oder – sehr unscharf – ihre Tätigkeiten unterstützten (Birke 2007: 304). Teils wurden die Ausgeschlossenen später wieder in die Gewerkschaft aufgenommen, oft jedoch ohne formal die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzuheben.

Die Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse war auch für migrantische Organisationen und betrieblich Engagierte von Bedeutung, da nicht wenige in linken Organisationen aktiv waren oder mit diesen zusammenarbeiteten. Dass die Zeit der Gewerkschaftsausschlüsse bzw. Verhängung von Funktionsverboten auch in den 2000ern noch nicht vorbei ist, zeigen Beispiele von (migrantischen) Gewerkschafter\*innen und Betriebsräten aus Sindelfingen, Kassel und Berlin, die aufgrund der Gründung von bzw. Kandidatur auf alternativen Betriebsratslisten 2010 in Konflikt mit der IG Metall gerieten.<sup>9</sup>

Wir greifen Fragen des gewerkschaftlichen Umgangs mit Demokratisierungsforderungen und alternativen Organisierungen in den Fallstudien zur Mobilisierung rund um die Gruppe Aktive Metaller in Hamburg und die Plakat-Gruppe in Stuttgart auf. Eine weitere für unsere Studie relevante Achse von Kooperation und Konflikt ist die gewerkschaftliche Positionierung zu Migration. Rinus Penninx und Judith Roosblad haben in einer international vergleichenden Forschung zu Gewerkschaftsstrategien auf dem Feld der Migration drei Dilemmata identifiziert (Penninx/Roosblad 2000).

Das erste Dilemma bezieht sich auf die migrationspolitische Haltung von Gewerkschaften. Nehmen sie eine pro-migrantische Haltung ein oder lehnen sie Migration grundlegend ab? Verbreitet ist die Sicht, dass Migration die Errungenschaften lokaler Arbeiterbewegungen in Form institutionalisierter nationalstaatlicher Arrangements unterminiert, da Migrant\*innen als zusätzliche Arbeitsmarktakteur\*innen nicht von diesen profitieren würden und nicht an sie gebunden seien. Das zweite Dilemma

---

<sup>9</sup> Zur Dokumentation vgl. <http://archiv.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/gewdem/ausschluss.html> (Zugriff: 29.12.2020).

bezieht sich auf die Frage nach Inklusion oder Exklusion von Migrant\*innen in gewerkschaftliche Strukturen der Interessenvertretung. Gerade angesichts temporärer Migration läge weder Gewerkschaften noch Migrant\*innen viel an der Inkorporation in lokale Organisationen.

Das dritte Dilemma bezieht sich auf die Ebene gewerkschaftsinterner Strukturen: Sollten Migrant\*innen ihre eigenen Strukturen zur Interessenvertretung und Artikulation von Forderungen haben, oder ist es besser, sie in bestehende Strukturen zu integrieren? (Penninx/Roosblad 2000: 5ff.; Marino et al. 2015). Dieser Aspekt wird auch von Alberti, Holgate und Tapia (2013) auf den Punkt gebracht: Gewerkschaften könnten Migrant\*innen »als Migrant\*innen« oder »als Arbeiter\*innen« ansprechen. In beiden Fällen werden unterschiedliche Forderungen und Erfahrungen, Differenzen und Gemeinsamkeiten artikuliert.

Gumbrell-McCormick et al. unterscheiden Gewerkschaften entlang ihrer konstitutiven Beziehungen (Gumbrell-McCormick et al. 2017: 91): Dies sind erstens die Beziehungen zu ihrer eigenen Basis, zweitens zu den Arbeitgeber\*innen, drittens mit staatlichen Institutionen und viertens mit zivilgesellschaftlichen gesellschaftlichen Organisationen. Bezogen auf das Feld der Arbeitsmigration stellt sich die Frage, ob Gewerkschaften Migrant\*innen und Migrant\*innenbewegungen als externe Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft wahrnehmen oder als (potenzielle) Mitglieder. Zugleich ist die gewerkschaftliche Agenda eingebettet in den hierarchischen Aufbau der Arbeitsmärkte und bewegt sich im Rahmen des korporatistischen Modells der Arbeitsbeziehungen. In Deutschland war die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung gekennzeichnet durch eine Priorisierung und Verallgemeinerung der Interessen von qualifizierten, weißen, männlichen Arbeitern (vgl. Koch-Baumgarten 2002: 133). Migrant\*innen und Frauen wurden darin oft als externe Gruppen gesehen.

Indem wir Gewerkschaftsgeschichte aus der Perspektive der Migration erzählen, tragen wir auch dazu bei, gewerkschaftliches Handeln im Kontext der sie konstituierenden Beziehungen besser zu verstehen. Denn die Ausrichtung gewerkschaftlichen Handelns und das Selbstverständnis im Hinblick darauf, welche Aufgaben eine Gewerkschaft als ihre eigenen Aufgaben und wen sie als die zu repräsentierenden Gruppen sieht, wie Interessen priorisiert werden und welchen Stellenwert die Repräsentation von Migrant\*innen dabei innehat, unterscheiden sich zwischen Gewerkschaften und (räumlichen und organisationalen) Kontexten (vgl. Carstensen



2021). Mit unserem Bezug auf die unterschiedlichen Felder gewerkschaftlichen Handelns versuchen wir in unserem Forschungsdesign daher, bewusst über die Kernbereiche gewerkschaftlichen Handelns herauszugehen und auch gewerkschaftliches Handeln jenseits der betrieblichen und tarifpolitischen Interessenvertretung zu erfassen.

### **Warum eine Studie zu den 1970er und 1980er Jahren?**

Für das Forschungsprojekt haben wir den Untersuchungszeitraum der 1970er und 1980er Jahre gewählt. Während wichtige Untersuchungen der Nachkriegs-Arbeitsmigration mit dem Anwerbestopp 1973 oder 1974 enden (vgl. z.B. Schönwälder 2001, 2006; Mattes 2005; Berlinghoff 2013), sind die folgenden Jahre von besonderem Interesse für die Betrachtung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und migrantischen Organisationen. So kam es kurz vor und nach 1973 zu Auseinandersetzungen um die Verschärfungen der sogenannten Ausländerpolitik und deren arbeitsrechtliche Konsequenzen. Zugleich lösten in dieser Zeit auch die Auswirkungen der Strukturkrise und der »Arbeitsplatzvernichtung« einen neuen Zyklus von Kämpfen – Stichwort: 35-Stunden-Woche – aus. Beide Entwicklungen forderten eine Positionierung der Gewerkschaften heraus (Stichwort: Durchsetzung des »Inländerprimats«) (vgl. Bojadžijev 2008; Dohse 1982, 1985; Trede 2015 [2009], 2012; Matziari 2014; Miller 2018).

Dabei interessierte uns die Frage, wie in den Gewerkschaften organisierte Migrant\*innen sowie Migrant\*innenorganisationen außerhalb der Gewerkschaften darauf Einfluss nehmen konnten. Zur Erinnerung: Diese Auseinandersetzungen fanden genau zu dem Zeitpunkt statt, als Migrant\*innen über das Betriebsverfassungsgesetz ein deutliches Mehr an Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene erlangt hatten.

### **Warum ein lokal vergleichender Forschungsansatz?**

Wir haben uns für den Fokus auf drei Städte mit ausgesuchten Fällen in diesen Städten entschieden. Der lokale Fokus leitet sich neben anderen Überlegungen auch aus Entwicklungen im Untersuchungszeitraum her. Der sogenannte Anwerbestopp von 1973 markierte zwar das offizielle Ende des praktizierten »Gastarbeitersystems«, jedoch nicht das Ende der Einwanderung. Viele Migrant\*innen sahen sich der Möglichkeit zur Mobilität ins Herkunftsland und einer Rückkehr beraubt, weshalb sie sich

niederließen und ihre Familien nachholten.<sup>10</sup> Kühne begreift daher diese Phase als eine der »Konsolidierung« (2000: 45). Sie ist zugleich eine des Paradigmenwechsels, da der Aufenthalt der Migrant\*innen nicht mehr als temporär betrachtet werden konnte, sondern zunehmend die Gestaltung des Bleibens – soziale sowie politische Rechte und »Integration« – in den Fokus rückte (vgl. Herbert 2001: 232).

Städte und Kommunen als unterste Regierungsebene, als Orte konkreten Verwaltungshandelns und wohlfahrtsstaatlicher Politiken waren in dieser Hinsicht mit der Faktizität der Einwanderung am direktesten konfrontiert. Migration wird so konstitutiv für Städte und ihre spezifischen (auch ökonomischen) Entwicklungspfade. Der Migrationsforscher Erol Yıldiz bringt es auf den Punkt: »Stadt ist Migration« (2009; vgl. auch Glick Schiller/Çağlar 2011).

Die kommunale Ebene war auch die erste Adressatin für Forderungen nach sozialen und politischen Rechten seitens migrantischer Gruppen. Während nationale Dachverbände von migrantischen Selbstorganisationen lange auf sich warten ließen, fand in den Städten bereits in den 1970er Jahren ein reges Vereinsleben statt. In diesem Sinne meint Alexopoulou, dass Migrant\*innen in ihrer Akteur\*innenrolle am besten auf der lokalen Ebene zu fassen seien. Sie plädiert für einen lokalen Forschungsansatz, der das Lokale nicht nur als »Exemplifikationsmittel« versteht (Alexopoulou 2016: 479).

Dem lokalen Ansatz kommt auch in der empirischen Politikfeldanalyse (vgl. Shore et al. 2011; Nullmeier et al. 2003: 37) ein heuristischer Mehrwert zu: Da Politik zur Praxis gebracht werden muss, um wirksam zu werden, stellt insbesondere die Ebene des Handelns (»doing«), vor allem der lokale, kommunale Kontext als unterste Verwaltungseinheit, eine analytisch aufschlussreiche Dimension dar.

Dabei führt insbesondere der Ermessensspielraum im kommunalen ausländerrechtlichen Behördenhandeln zu divergierenden Möglichkeitsstrukturen und Lebenschancen für eingewanderte Stadtbewohner\*innen. So haben Städte unterschiedliche Antworten auf nationale und Landesgesetzgebungen gefunden und sich – wie unsere zwei Studien zu Stutt-

---

<sup>10</sup> Interessanterweise zeigen historische begriffskritische Studien, dass sich die sozialpolitische Kategorie des »Ausländers« just in dem Moment in der Debatte durchsetzte, als aus den (zum Teil pendelnden) Gast-Arbeitenden Einwanderer\*innen mit Rechten und Daueraufhaltungsperspektiven wurden (vgl. Radtke 2009; Alexopoulou 2018).

gart und Hamburg zeigen – auch gegen nationale Bestimmungen gewandt bzw. eigenständige Initiativen entwickelt. Das sehen wir auch heute wieder im Zusammenhang mit der Bewegung um »Solidarische Städte« bzw. dem Netzwerk »Städte Sichere Häfen« (vgl. Kron/Lebuhn 2018; Christoph/Kron 2019; Hess 2020).

Auch in Organisationen wie den Gewerkschaften ist die lokale Ebene in diesem Sinne eine höchst aufschlussreiche Aushandlungsebene von konkreter Zusammenarbeit und gelebten Solidaritäten, die sich von nationalen Programmatiken immer wieder unterscheiden, jedoch Rückwirkungen auf die Gesamtorganisation und ihre Politiken hat, wie wir es auch im gewerkschaftlichen Bereich in unseren Fallstudien sehen.

Während bundespolitisch bis Anfang der 2000er Jahre maximal ein Konzept der »Integration auf Zeit« verfolgt und somit eher ein »Dauer-ausländerstatus« zementiert wurde, lässt sich ab den 1970er Jahren auf der Ebene der Städte eine verstärkte sozialpolitische Beschäftigung mit Fragen von Einwanderung und Integration feststellen, und »Ausländerpolitik« formiert sich als eigenständiges kommunales Politikfeld (mit Wohlfahrtsverbänden im Schlepptau). Zahlreiche Stadtregierungen gaben Studien in Auftrag: In Hamburg beispielsweise den »Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg« (1971) oder die »Leitlinien für Hamburgische Ausländerpolitik« (1976); in Stuttgart sollte der »Bericht Ausländische Einwohner in Stuttgart« von 1976 die soziale Situation der neuen Stadtbewohner\*innen eruieren, um von dort aus erste sozialpolitische Maßnahmen abzuleiten (siehe auch Bayer et al. 2009, Odukoya 2009 für München; Alexopoulou 2016 für Mannheim; Lanz 2007 für Berlin).

Auch wenn eine problematisierende Betrachtungsweise vorherrschend war – in den städtischen Debatten machte der Begriff der integrationspolitischen »Zeitbombe« die Runde (Wertel 1967; vgl. Odukoya 2009 für München) –, wurden vor allem im Bereich der Wohnungs- und Bildungspolitik erste Programme lanciert sowie mit städtischen Geldern Beratungs- und Begegnungsstätten eröffnet (ohne nennenswerte gewerkschaftliche Beteiligung). Das zeichnen wir in den Hamburger Fallstudien nach. Auch in den 1980er Jahren waren es wieder die Städte, die multikulturelle Politikansätze aufgriffen und im Rahmen ihrer Integrationspolitik umzusetzen versuchten (vgl. Welz 1996 für Frankfurt; Lanz 2007 für Berlin).

## Eine qualitative historische Akteursforschung

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des lokalen, hier städtischen Kontexts für eine historisch-empirische Analyse, die migrantisches Handeln im Verhältnis zu Gewerkschaften fokussiert, wählten wir einen lokal-vergleichenden Ansatz. Das Forschungsdesign zielte nicht auf einen strengen Vergleich entlang einzelner Indikatoren. Vielmehr half uns die vergleichende Perspektive, die Bandbreite von Entwicklungen abzubilden und Ortsspezifika wie auch städteübergreifende Gemeinsamkeiten besser zu erkennen. Hierauf aufbauend, konnten wir generalisierbarere Aussagen über Entwicklungsverläufe auf dem Feld von migrantischen und gewerkschaftlichen Organisationen sowie ihres Verhältnisses zueinander treffen.

Angesichts des Forschungsstandes sowie weiterer die Wirtschafts-, Betriebs- und Gewerkschaftsstruktur der Städte betreffender Erwägungen, auf die wir im nächsten Abschnitt näher eingehen, bestimmten wir die zwei westdeutschen Städte Hamburg und Stuttgart für den Vergleich.

Da es uns um eine mikroanalytische Untersuchung lokaler Interaktionsmuster und des konkreten Handelns der betreffenden Akteur\*innen ging, entwickelten wir ein empirisches Forschungsdesign, orientiert an der qualitativen, historisch argumentierenden Sozialforschung (vgl. Nathaus 2012 oder etwa klassisch Thompson 1988; Lipp 2013). Konkret verband dies Einzel- und Gruppengespräche, qualitative Interviews (vgl. Flick et al. 2015) sowie teilnehmende Beobachtungen von Veranstaltungen (vgl. Schöne 2003).<sup>11</sup> Zusätzliche Materialien haben wir aus Archivrecherchen und Beständen von Einzelpersonen und Vereinen erschlossen. Diese historischen Dokumente und Primärquellen sowie die transkribierten Interviews wurden einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen.

Wir haben als sozialwissenschaftliche und kulturanthropologische Migrationsforscherinnen den Erinnerungen und Narrativen der Aktiven, wie sie uns durchaus auch kontrovers und widersprüchlich vermittelt wurden, – eingedenk der kritischen Debatte um Zeitzeugeninterviews und Oral-History-Methoden (vgl. Andresen 2012; Obertreis 2012) – einen hohen Stellenwert beigemessen. Dies war uns nicht nur deswegen wichtig, weil eine archivalische Erfassung und Aufbereitung der (lokalen) Migrationsgeschichten erst in den Anfängen steckt (vgl. Deigendesch/Müller 2014).

---

<sup>11</sup> Am Ende des Buches unter »Quellen« sind alle Interviews und Veranstaltungen aufgeführt. Zudem gibt es ein Glossar, in dem wichtige Organisationen und deren verwendete Abkürzungen nachgeschlagen werden können.

Darüber hinaus handelt es sich bei der Migrationsgeschichte um ein Thema, zu dem die offiziellen Archive bislang vor allem aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft Material gesammelt und aufbereitet haben.

Die Geschichte der Einwanderung aus der Perspektive der Migration und migrantischer Selbstorganisationen konnte bislang nur durch Eigeninitiativen wie das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) gesammelt und aufgearbeitet werden.<sup>12</sup> In diesem Sinne sind die Erinnerungen von migrantischen Akteur\*innen und von Aktiven der vergangenen Jahrzehnte so zentral. Es ging uns in der Forschung nicht nur um die Rekonstruktion von Ereignissen und Prozessen; vielmehr waren wir auch an Einschätzungen und Bewertungen der Beteiligten interessiert, wohl wissend, dass Äußerungen heute im Lichte des Erfahrenen und heutiger Bewertungen getätigt werden und somit einer Zeitlichkeit der Erinnerung unterliegen (vgl. Bude 1985; Rosenthal 2010). Wir setzten Gruppendiskussionen ein, da hier lebhaft um Erinnerungen und Einschätzungen gerungen werden kann. Einige Ereignisse bekamen so erst in der Debatte wieder Konturen und Interpretationen konnten in ihrer Bedeutung – aus heutiger Distanz – dialogisch entwickelt werden. Die retrospektiven Debatten und Interviews halfen uns auch dabei, Archivmaterialien kritisch einzuordnen, wie uns umgekehrt Archivmaterialien dabei halfen, Aussagen als subjektive Äußerungen besser einzuschätzen.<sup>13</sup>

Die Gruppendiskussionen (vgl. Vogl 2014) waren auch ein Element unseres auf die Partizipation der früheren Aktiven angelegten Forschungsdesigns (vgl. Carstensen et al. 2014; Schwenken 2018), welches eine möglichst durchgehende Transparenz und Diskussion der Forschung und Forschungsfragen sowie eine Rückkoppelung der Funde, Befunde und Interpretationen vorsah. So führten wir in beiden Städten jeweils zwei Workshops durch, einen zu Beginn der Forschung und einen später terminierten Auswertungsworkshop, zu dem wir unsere Interviewpartner\*innen sowie weitere frühere Aktive einluden.

---

<sup>12</sup> DOMiD nahm als Dokumentationszentrum archivalische Funde und ausgewählte Interviews aus unserem Forschungsprojekt (auch aus der in diesem Buch nicht vertretenen Studie zur Rhein-Main-Region) in ihren Bestand auf und katalogisierte sie, um sie der Öffentlichkeit und künftiger Forschung zugänglich zu machen. Zudem öffneten sie für unsere Forschung ihre Archive. Ein großer Dank an die Mitarbeitenden von DOMiD.

<sup>13</sup> Wir folgten dabei einer quellenkritischen Haltung: Auch schriftliche Quellen geben durchaus subjektive Eindrücke wieder.

## **Auswahl der Städte: Hamburg und Stuttgart als Einwanderungsstädte mit unterschiedlicher Industriestruktur**

Wir entschieden uns im Rahmen unseres lokal vergleichenden Ansatzes für die Städte Hamburg und Stuttgart. Beide haben einen hohen Anteil migrantischer Wohnbevölkerung und zugleich für unsere Forschungsfragen interessante Unterschiede. Ende 2019 hatten knapp 34% der Hamburger Bevölkerung einen Migrationshintergrund (vgl. Destatis 2020: 41); im Regierungsbezirk Stuttgart waren es 36% (vgl. ebd.: 37). Als zusätzliche Kriterien sollten die Städte eine möglichst hohe Varianz bezüglich politischer Bündnispartner\*innen, der Branchen, der ökonomischen Entwicklung sowie der städtischen politischen Kultur und Bewegungsgeschichte aufweisen.

Im Stuttgarter Raum trugen die guten ökonomischen Rahmenbedingungen dazu bei, dass der Schwerpunkt der offiziellen Arbeitsmigration in den 1950er und 1960ern lag (vgl. Meier-Braun 2009: 60). Im Jahr 1970 hatten schon 12% der Einwohner\*innen der Schwabenmetropole keinen deutschen Pass – mehr als in den anderen deutschen Großstädten (ebd.). Hierzu haben vor allem die Automobilindustrie sowie die damit zusammenhängende Branchenstruktur (Zulieferer, Maschinenbau, Elektrotechnik) maßgeblich beigetragen. Daher schlug sich die ökonomische Krise der 1980er Jahre in Stuttgart nicht so stark wie andernorts – etwa in Hamburg – als Strukturkrise nieder.

In unserer Recherche zu Gewerkschaften in Stuttgart haben wir uns auf die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft mit Ende der 1970er Jahre 95.000 Mitgliedern (davon 37.000 ohne deutsche Staatsangehörigkeit) in Stuttgart (vgl. Di Croce 2006: 141) und den DGB konzentriert. Beide waren in Bezug auf unser Thema sehr aktive gewerkschaftliche Akteure, wobei die Stuttgarter IG Metall auch bundesweit wichtige Akzente setzte und ihr eine führende Rolle in der gewerkschaftlichen Meinungsbildung zukam. Darüber hinaus machte in Stuttgart und weit darüber hinaus auch die Plakat-Gruppe als oppositionelle gewerkschaftliche Strömung bis in die 1990er Jahre hinein von sich reden.

Stuttgart hat früh eine liberale kommunale »Ausländerpolitik« betrieben; es gab bereits Anfang der 1960er Jahre erste migrantische Selbstorganisationen (vgl. Katsoulis 1978; Severin-Barboutie 2012) und ein »Ausländerparlament«. In den 1980er Jahren kam es in Stuttgart zur Gründung der Bewegung der »EinwandererInnen ins Rathaus«. Bis heu-

te existiert ein breites Spektrum an migrantischen Vereinen und ein starker städtischer Integrationsausschuss. Erst in den letzten Jahren sind einige wissenschaftliche Publikationen zur Migrationsgeschichte Stuttgarts erschienen (vgl. Severin-Barboutie 2019b, 2012). Auch das Stadtarchiv (vgl. Deigendesch/Müller 2014) und das Stadtpalais als neu eröffnetes städtisches Museum haben sich dem Thema zugewandt (vgl. Dauschek/Gritschke 2008; Gritschke ohne Jahr [o. J.], Speidel 2015, 2014a, 2014b). Es lässt sich aber konstatieren, dass die Aufarbeitung der Migrationsgeschichten in Stuttgart ein Forschungsdesiderat darstellt.

Hamburg gilt aufgrund seiner weltmarktorientierten lokalen Wirtschaftsstruktur als »Tor zu Welt« und es existiert eine jahrhundertealte Durch- und Einwanderungstradition. Ähnlich wie in Stuttgart sind mit Hafen, Chemie- und metallverarbeitender Industrie die heutige IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE), ver.di und IG Metall die wichtigsten gewerkschaftlichen Akteure. Zudem war der Hamburger DGB ausländerpolitisch sehr aktiv, was sich unter anderem in der Einrichtung der sogenannten Zentralstelle ausländischer Arbeitnehmer zeigte.

Wie in Stuttgart war die bürgerchaftliche »Ausländerpolitik« der 1970er und 1980er Jahre relativ liberal ausgerichtet. Der DGB hatte durchgängig ein enges Verhältnis zur Regierungspartei SPD. Anders als in anderen Städten gab es keine »Ausländerbeiräte«, jedoch eine enge Kommunikation zwischen der Sozialbehörde, dem DGB und Wohlfahrtsverbänden sowie ausgewählten migrantischen Organisationen. Der Stadtstaat Hamburg führte 1989, zeitgleich mit Schleswig-Holstein, das Bezirkswahlrecht (das Äquivalent zum kommunalen Wahlrecht) für »ausländische MitbürgerInnen« ein. Dieses wurde allerdings kurz darauf vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform erklärt.

Der Strukturwandel der 1970er und 1980er Jahre führte in Hamburg stärker als in Stuttgart zu Umwälzungen und großer Arbeitslosigkeit unter den in der Industrie Beschäftigten. Im Hafen bedingte die Modernisierung der Verlade- und Transportmethoden seit den 1960er Jahren einen massiven Arbeitsplatzabbau (vgl. Schemmer 2010) und eine Veränderung der Beschäftigungsstruktur. In der verarbeitenden Industrie kam es zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen – und zu Protesten. Migrant\*innen waren in den 1970er und 1980er Jahren von diesen Folgen besonders betroffen, entwickelten aber auch eine kämpferische Praxis. Seit Ende der 1960er Jahre organisierten sich in Hamburg zahlreiche

gewerkschaftliche Basisinitiativen in Betrieben, aber zunehmend auch in den Stadtteilen. Der Untersuchungszeitraum ist zudem durch eine Ausdifferenzierung neuer sozialer Bewegungen, eine multikulturalistische Ausrichtung von Stadtteilinitiativen geprägt und der sozialdemokratisch-korporatistische Kompromiss wurde durch neue Akteur\*innen zunehmend infrage gestellt. Im Kontext des zunehmenden Rechtsradikalismus und gehäufter Angriffe mit Toten kam es in Hamburg zu großen Organisationen »gegen Ausländerfeindlichkeit« und der Herausbildung neuer antirassistischer Ansätze. Die Forschung dazu steht erst am Anfang. Insbesondere der Beitrag migrantischer Organisationen zur Hamburger Stadtgeschichte ist bisher unterbelichtet.

### **Zur Auswahl der Fälle in den Städten**

Im Sinne unserer empirischen Vorgehensweise kristallisierten sich nach der Aufarbeitung des Forschungsstandes, einer Sondierung vor Ort und Beratungen mit dem Projektbeirat in beiden Städten drei Bereiche heraus:

Erstens interessierte uns die Rolle von Migrant\*innen und ihre Forderungen in Betrieben sowie im Rahmen gewerkschaftlicher Organisationen auf betrieblicher Ebene. Dies betraf die Adressierung sowie Selbstpositionierung von Arbeiter\*innen mit Migrationserfahrung (als Arbeiter\*innen, als Migrant\*innen oder als beides) sowie ihre Repräsentation und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 dynamisierte Betriebsratswahlen und die Aufstellung der Listen, was auch die Frage nach demokratischen Verhältnissen der Gewerkschaftsstrukturen aufwarf.

In diesem Zusammenhang war die Gründung alternativer Betriebsratslisten (einige mit internationalistischer Orientierung) sowie der Einfluss von migrantischen Arbeiter\*innen für uns von Interesse. So haben wir in beiden Städten Konflikte zwischen Betriebsratslisten und den Gewerkschaften vorgefunden: in Stuttgart insbesondere die Auseinandersetzungen mit und um die Plakat-Gruppe, die im Untertürkheimer Werk von Daimler-Benz für die Interessen der meist ausländischen am Band Arbeitenden sowie die Demokratisierung der Mitbestimmungsstrukturen eintreten wollte und sich dabei mit der IG Metall anlegte; in Hamburg am Beispiel der Liste Aktive Metaller in der HDW, einem Betrieb, in welchem Arbeiter\*innen 1983 angesichts drohender Massentlassungen das Werk für mehrere Tage besetzten.



Dabei zeigen beide Fallstudien, dass die Frage der Adressierung und der Selbstpositionierung migrantischer Protagonist\*innen vielerorts den proklamierten betrieblichen Universalismus brüchig werden ließ und neue Differenzierungen entlang nationaler und ethnisch-kultureller wie struktureller Aspekte bedeutsam(er) wurden, deren Artikulation neu ausgehandelt werden mussten. Hierbei ergaben sich aber auch immer wieder Interessenskongruenzen zwischen den Positionierungen als »Arbeiter\*innen« und »Ausländer\*innen«, vor allem wenn wie beispielsweise in den Daimler-Benz Werken im Raum Stuttgart die Gruppe der Bandarbeitenden überwiegend aus Menschen ohne deutschen Pass bestand.

Ein zweites Themenfeld stellen originär gewerkschaftliche Initiativen und Aktionsformen wie tarifpolitische Auseinandersetzungen und Streiks. Aus gewerkschaftlicher Perspektive stellt sich hier die Frage, ob alle Arbeiter\*innen unabhängig von ihrer Positionierung und Herkunft universell angesprochen wurden oder ob »besondere« Forderungen unterschiedlicher Gruppen innerhalb der Belegschaften unterschiedlich adressiert wurden (vgl. Alberti et al. 2013; Penninx/Roosblad 2000). Gewerkschaften richteten sich deshalb teils dezidiert an »ausländische Arbeitnehmer\*innen«, um deren Forderungen kennenzulernen und deren Interessen mit zu vertreten – meist jedoch erst als Antwort auf gewerkschaftsinterne Organiserungen ausländischer Kolleg\*innen selbst (vgl. Matziari 2014: 320; Fauser 2016).

Die Fallstudien unterscheiden sich zwar, doch demonstrieren sie insgesamt, dass Gewerkschaften zusehends eine fördernde und unterstützende Politik gegenüber migrantischen Arbeiter\*innen entwickelten und sie auch für viele Migrant\*innen eine wesentliche Organisationsstruktur darstellten. In Hamburg rekonstruieren wir die Arbeit und das Profil der Zentralstelle für ausländische Arbeitnehmer des DGB im Vergleich zu der zeitgleich an Fahrt aufnehmenden »Begegnungsstättenbewegung«. In Stuttgart wenden wir uns den Mobilisierungen für eine 35-Stunden-Woche (1984) zu. Der Streik war einer der längsten und kämpferischsten der Nachkriegszeit, wurde jedoch bislang nicht als Migrant\*innen-Streik wahrgenommen. Im Bezirk Stuttgart streikten mehr als 30.000 Metalller\*innen und unsere Recherchen weisen auf eine hohe migrantische Beteiligung hin. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und gegen den Arbeitsplatzabbau wurde gleichzeitig als wichtiger Kampf gegen »Ausländerfeindlichkeit« artikuliert. Beide Fallstudien zeigen, dass na-

hezu durchgehend eine Ambivalenz zwischen der migrationspolitischen Positionierung der DGB-Gewerkschaften und der Öffnung gewerkschaftlicher Strukturen für migrantische Positionen sowie der Mobilisierung von Migrant\*innen in ihrem Kontext bestand und ein hoch umkämpftes Feld darstellte.

Das dritte wichtige Themenfeld umfasst die Kämpfe um soziale und politische Rechte. Angesichts der Realität von Einwanderung und Niederlassung, des Zum/zur-Bürger\*in-Werdens, ging es in beiden Städten zunehmend um Diskriminierung und Rassismus einerseits, andererseits um politische Partizipation und das kommunale Wahlrecht. In unseren zwei Fallrekonstruktionen gehen wir der Rolle der Gewerkschaften in diesen Zusammenhängen nach. Dabei zeigen unsere Fallstudien auch eine Verschiebung von zentralen Handlungsarenen: zugespitzt formuliert vom »Betrieb« in den »Stadtteil« sowie (damit einhergehend) eine Verschiebung der Artikulation migrantischer Positionierungen vom/von der »Arbeiter\*in« zum/zur »Bürger\*in«. In diesem Zusammenhang schien es uns geboten, unseren Forschungsbereich bewusst über die Kernbereiche gewerkschaftlichen Handelns hinaus auszudehnen und auch gewerkschaftliches Handeln jenseits der betrieblichen und tarifpolitischen Interessenvertretung zu erfassen.

Diese Verschiebung wird in der Fallstudie zu den Hamburger Begegnungsstätten deutlich, die sozialpolitische Fragestellungen und Forderungen nach Partizipation in einer multikulturellen Gesellschaft ausbuchstabierten und dabei andere Bezüge entwickelten als die äquivalenten gewerkschaftlichen Strukturen. In Stuttgart untersuchten wir mit der Kampagne »EinwanderInnen ins Rathaus« eine Initiative, die stadtpolitische Mitsprache und das Kommunalwahlrecht forderte. Zugleich verschärfte sich in den 1980er Jahren das gesellschaftliche Klima zusehends durch eine dezidierte Antimigrationspolitik der Regierung Helmut Kohls, die weiterhin auf Rückkehr setzte (vgl. Kühne 2000: 48), durch die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien wie der DVU, der NPD oder der Republikaner und durch einen grassierenden, öffentlich ausgetragenen, gesellschaftlichen Rassismus, der sich immer öfter auch in direkten Angriffen und Morden entlud. Die Idee einer einheitlichen »Arbeiterklasse« aus den Jahren und Kämpfen davor schien immer mehr zu zerbrechen. Wir fragen daher in unseren Fallstudien, wie sich die Gewerkschaften zu diesen Entwicklungen positionierten.

Angesichts der immer lauter werdenden Forderungen von migrantischen Organisationen schienen sich die Gewerkschaften aufs Neue gegenüber Fragen der Migration aufstellen zu müssen. Dabei kam es zwischen Bundes- und lokaler Ebene sowie zwischen einzelnen Gewerkschaften zu sehr unterschiedlichen Ausrichtungen. In Hamburg gab es nach mehreren rassistischen Morden eine starke gewerkschaftliche Solidarisierung mit den Einwanderungs-Communitys. In Stuttgart stellten die Gewerkschaften eine Ermöglichungsstruktur für autonome migrantische Organisationen dar, wie unsere Fallstudie »EinwanderInnen ins Rathaus« zeigt.

Derartigen antirassistischen und promigrationspolitischen Stimmen im Rahmen der gewerkschaftlichen Strukturen waren jedoch enge Grenzen gesetzt, wie es ein damalig Aktiver mit dem Ausspruch zum Ausdruck brachte, dass sich »mit Migrationspolitik in den Gewerkschaften keine Karriere« machen lasse. Auch wenn die bis heute existierende bundesweite Kampagne der DGB-Jugend »Mach meinen Kumpel nicht an« in den 1980er Jahren an Prominenz gewann, behandelten Gewerkschaften insgesamt die Themen »Ausländerfeindlichkeit« und Rassismus in und seit den 1980er Jahren eher im Rahmen einzelner Kampagnen denn als Teil ihres »Kerngeschäfts«.

In den folgenden Kapiteln werden die sechs Fallstudien eingehend dargestellt, begonnen mit jenen zu Hamburg, gefolgt von denen zu Stuttgart, die jeweils von den entsprechenden Forschenden verfasst und vom Forschungsteam zusammen diskutiert wurden. Je zu Beginn der Fallrekonstruktionen gehen wir auf die migrations- und gewerkschaftspolitischen Kontexte in den zwei Städten ein und kommen auf die Quellen- und Materiallage zu sprechen. Am Ende der sechs empirischen Kapitel ziehen wir Schlussfolgerungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen migrantischen Organisationen und ihren Forderungen und den gewerkschaftlichen Umgangsweisen damit.